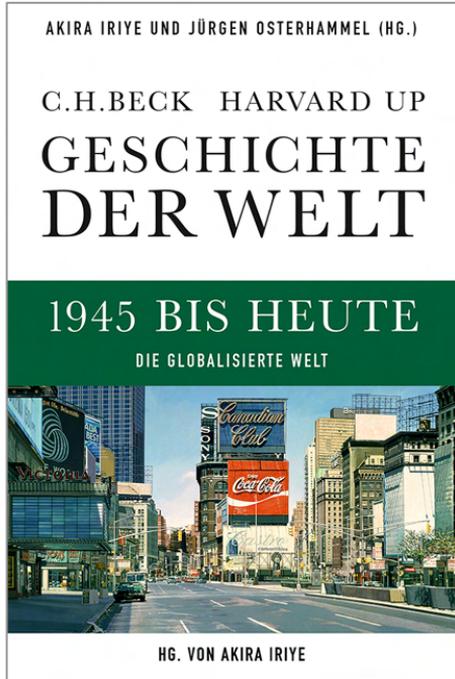


Unverkäufliche Leseprobe



Akira Iriye, Jürgen Osterhammel (HG.)
Geschichte der Welt
Die globalisierte Welt
1945 bis Heute

Aus dem Englischen von Thomas Atzert und Andreas
Wirthensohn

955 Seiten. In Leinen

ISBN: 978-3-406-64106-0

Weitere Informationen finden Sie hier:
<http://www.chbeck.de/10493962>

**STAATEN UND
MACHTBEZIEHUNGEN
IM WANDEL**

Wilfried Loth

EINLEITUNG

Mit dem Zweiten Weltkrieg ging auch die Dominanz des europäischen Staatensystems, die seit der Entstehung der neuzeitlichen Weltgesellschaft gegolten hatte und im Zuge der Industrialisierung Europas verstärkt worden war, zu Ende.¹ Diese Dominanz war brüchig geworden, seit die Entwicklung der Produktivkräfte und der Waffentechnik die Autonomie der europäischen Großmächte zunehmend in Frage gestellt hatten und parallel dazu die USA an die Spitze der Industriestaaten vorgestoßen waren. Aber grundsätzlich hatte sie nach den Erschütterungen des Ersten Weltkriegs noch fortbestanden – zum einen, weil eine Mehrheit der US-Amerikaner glaubte, sich noch einmal aus den europäischen Angelegenheiten zurückziehen zu können, und zum anderen, weil Russland nach der Revolution vorerst Mühe hatte, sich als unabhängiger Machtfaktor zu behaupten. Der Versuch des nationalsozialistischen «Dritten Reiches», Souveränität im klassischen Sinne durch hegemoniale Expansion zurückzugewinnen, führte dann aber sehr rasch zum Zusammenbruch jenes alten Europa: Der Zweite Weltkrieg beschleunigte die Erosionstendenzen, die sich aus dem wirtschaftlich-technischen Fortschritt ergaben. Zugleich zwang er die USA und die Sowjetunion, sich substantiell und auf Dauer in Europa zu engagieren. Eine deutsche Hegemonie über den europäischen Kontinent bedrohte letztlich auch ihre Sicherheit. Zu beseitigen war die deutsche Hegemonie aber nur durch Intervention von außen. Die europäischen Staaten, die Opfer deutscher Aggression geworden waren, waren nicht mehr in der Lage, das alte System von Rivalität und Gleichgewicht in Europa aus eigener Kraft wiederherzustellen.

Europäische Verluste

Die rapide Beschleunigung des Niedergangs des alten Europa ergab sich in erster Linie aus den ungeheuren Verlusten, die ein Weltkrieg mit den technischen Mitteln des 20. Jahrhunderts mit sich brachte. Der Zweite Weltkrieg kostete vermutlich mehr als 52 Millionen Menschen das Leben; davon entfielen allein 27 Millionen auf die Sowjetunion, die die Hauptlast des Krieges auf dem alten Kontinent zu tragen hatte (die Zahlen sind nicht ganz sicher, aber die Größenordnung dürfte zutreffen).² Nächst der Sowjetunion hatte die ost- und südosteuropäische Region die meisten Todesopfer zu beklagen: 7,5 Millionen, davon allein vier Millionen ermordeter Juden, insgesamt knapp neun Prozent der Bevölkerung. Deutschland (in den Grenzen von 1937 gerechnet) verlor 5,6 Millionen Menschen, etwa acht Prozent der Bevölkerung. Die übrigen Länder Europas, von den Kriegshandlungen weniger stark betroffen, zählten insgesamt weitere vier Millionen Tote. Insgesamt beliefen sich die Verluste an Menschenleben auf das Fünf- bis Sechsfache der Opfer des Ersten Weltkrieges. An die 50 Millionen Menschen hatten im kontinentaleuropäischen Raum zeitweise oder für immer ihre Heimat verloren: Soldaten, Kriegsgefangene, Opfer der nationalsozialistischen «Entmischungspolitik» in Osteuropa, Lothringen und Südtirol (2,8 Millionen), Evakuierte (allein 6,2 Millionen in Deutschland), bei Kriegsende Flüchtlinge und Vertriebene aus deutschen Siedlungsgebieten östlich der Oder-Neiße-Linie und in der Tschechoslowakei (von denen etwa 12 Millionen in die vier Besatzungszonen Deutschlands gelangten, während 2,5 Millionen die Flucht nicht überlebten), Flüchtlinge und Deportierte der baltischen Völker und Polen, die in zuvor zum Deutschen Reich gehörige Gebiete umgesiedelt wurden (zwei Millionen). Was an menschlichen Bindungen und sozialen Gemeinschaftsformen verloren ging, zählte keine Statistik.

Von den neutralen Ländern sowie Großbritannien abgesehen, waren nahezu alle europäischen Großstädte zerstört. Besonders groß waren die Schäden im osteuropäischen Raum, wo sowohl die sowjetischen als auch die deutschen Truppen auf ihren Rückzügen nach dem Prinzip der «verbrannten Erde» gehandelt hatten, sodann in Italien, Jugoslawien und Griechenland, in den Niederlanden, wo man Dämme und Deiche gesprengt hatte, in Nordfrankreich, wo nach der alliierten Invasion vom Juni 1944 erbittert gekämpft worden war, und schließlich in Deutschland selbst, dessen Städte und Industrieanlagen zum Ziel massiver Bombenangriffe geworden waren. Volkswirtschaftlich noch weit größer war der Schaden, den die Zerstörung der Verkehrswege angerichtet hatte. In Frankreich waren Eisenbahnen und Handelsflotte nur noch zu 35 Prozent betriebsfähig, in Deutschland war der Eisenbahnverkehr praktisch zum Erliegen gekommen, in Belgien und den Niederlanden war das Kanalsystem zusammengebrochen. Der Mangel an Menschen, Maschinen und Verkehrsverbindungen führte zu einem Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion. In ganz Europa wurden 1946/47 nur etwa

75 Prozent des Vorkriegsvolumens landwirtschaftlicher Erzeugnisse erreicht. Schätzungsweise 100 Millionen Menschen mussten von 1500 und weniger Kalorien pro Tag leben. Hunger, Kälte und elementare Not bestimmten den Alltag der europäischen Bevölkerung.

Verlässliche Zahlen über den Stand der industriellen Gesamtproduktion Europas bei Kriegsende gibt es nicht. In Frankreich erreichte die Produktion 1945 etwa 35 Prozent des Standes von 1938 (der seinerseits noch 20 Prozent unter dem Stand von 1929, vor Einbruch der Weltwirtschaftskrise, gelegen hatte). Die neutralen und weniger zerstörten Länder erreichten etwas mehr, Deutschland, Österreich und Griechenland weit weniger. Noch Ende 1946 belief sich die industrielle Produktion in Frankreich und den Benelux-Ländern auf nur 89 Prozent des Vorkriegsstandes, in Ost-, Südost- und Südeuropa auf rund 60 Prozent, in Deutschland auf 40 Prozent. Der Pro-Kopf-Anteil am Nationaleinkommen war von 1938 bis 1946 in Süd- und Osteuropa von 120 auf 90 Dollar im Jahr gesunken, in Frankreich und den Benelux-Ländern von 290 auf 260 Dollar. In Großbritannien, der Schweiz und den skandinavischen Ländern war er von 420 auf 580 Dollar mäßig gestiegen. Kriegs- und Kriegsfolgekosten hatten die öffentlichen Finanzen zerrüttet und inflationäre Entwicklungen ausgelöst. In Deutschland war siebenmal so viel Geld im Umlauf wie vor dem Krieg, in Frankreich waren die Preise um das Vierfache gestiegen, in Griechenland und Ungarn brachen die Währungen zusammen. Belgien und Norwegen entgingen dem Zusammenbruch nur durch Abwertungen. Nicht nur die Besiegten, auch die Sieger hatten für den Krieg empfindlich zu zahlen.³

Der wirtschaftliche und politische Substanzverlust der europäischen Nationen beschleunigte zudem den Emanzipationsprozess der Völker, die von den Europäern kolonisiert worden waren. Großbritannien unternahm während des Zweiten Weltkriegs Anstrengungen, den Indern die Unabhängigkeit für die Nachkriegszeit zuzusichern, um einen Übergang des Subkontinents in das Lager der Achsenmächte zu verhindern. 1947 wurde Indiens Unabhängigkeit realisiert, 1948 ebenso die Unabhängigkeit für Burma und Ceylon. Die Dominions Kanada, Südafrika, Australien und Neuseeland, die die Bindungen an das «Mutterland» schon während des Ersten Weltkrieges weitgehend gelockert hatten, gingen nun vollends eigene Wege. Das Komitee des «Freien Frankreich» unter Charles de Gaulle hatte 1941 in Konkurrenz zum Regime von Vichy den Mandatsgebieten Syrien und Libanon die Unabhängigkeit versprochen und für die übrigen Kolonialgebiete «Reformen» zusagen müssen. In Marokko und Tunesien reklamierten 1944 einheimische Bewegungen einen unabhängigen Status; in Algerien kam es 1945 zu blutigen Auseinandersetzungen; in Indochina erklärte die Vietminh-Bewegung das Land nach der Niederlage der japanischen Besatzungsmacht für unabhängig vom französischen Imperium. In gleicher Weise nutzte die indonesische Nationalbewegung die japanische Kapitulation

dazu, die Unabhängigkeit des Inselreiches von den früheren niederländischen Kolonialherren zu proklamieren.

Gewiss versuchte Frankreich, seine kolonialen Positionen durch Nachbildung des britischen Commonwealth-Modells zu restaurieren. Ebenso gab es in Großbritannien Widerstand zumindest gegen die radikalen Unabhängigkeitsbewegungen. Das Ergebnis aller Versuche, die imperiale Machtstellung zu retten, waren jedoch nur langwierige bewaffnete Kämpfe in den Kolonialgebieten. Sie konnten umso weniger gewonnen werden, als sich die beiden Hauptsieger des Zweiten Weltkrieges – die USA noch mehr als die UdSSR – ihrerseits die Befreiung der Kolonialgebiete Afrikas und Asiens von europäischer Vorherrschaft auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Statt, wie man in Paris und Den Haag gehofft hatte, die europäischen Länder durch das überseeische Potential wieder zu stärken, trug das Beharren auf kolonialen Herrschaftsansprüchen dazu bei, Europa weiter zu schwächen – wirtschaftlich, militärisch und moralisch.

Machtverschiebungen

Diese Verluste waren umso dramatischer, als die gleichen Kriegseignisse den wirtschaftlichen und machtpolitisch-strategischen Aufstieg der USA in atemberaubendem Tempo beschleunigten. Von 1938 bis 1945 stieg das Volumen ihrer industriellen Produktion infolge der Anforderungen der kriegsführenden Mächte und des Ausfalls europäischer Produktionskapazitäten um mehr als das Dreifache; bei Kriegsende umfasste es mehr als die Hälfte der Weltproduktion. Der Pro-Kopf-Anteil am Nationaleinkommen stieg im gleichen Zeitraum von 550 auf 1260 Dollar, das Vierfache der Summe, die im Durchschnitt der europäischen Länder noch erreicht wurde. Entsprechend verschlechterten sich die *terms of trade* für die europäische Wirtschaft, und da die europäischen Investitionen in Übersee unterdessen größtenteils zur Finanzierung des Krieges veräußert und die europäischen Dienstleistungen (insbesondere in der Schifffahrt) eingestellt worden waren, entstand ein Defizit in der europäischen Gesamtzahlungsbilanz, das 1947 die stattliche Höhe von 7,5 Milliarden Dollar erreichte. Die USA erzielten im gleichen Jahr einen Überschuss von 10 Milliarden Dollar.

Ihre Rolle als Kreditgeber und Materiallieferant des Krieges ermöglichte es ihnen, dem Ziel einer weiteren Öffnung der Märkte für amerikanische Produkte und amerikanisches Engagement ein gutes Stück näherzukommen. Bei der Gründung des Weltwährungsfonds im Sommer 1944 in Bretton Woods mussten sich die künftigen Mitglieder prinzipiell zur freien Konvertibilität ihrer Währungen verpflichten. Gleichzeitig stiegen die USA strategisch – als See- wie als Luftmacht – zur führenden Militärmacht der Welt auf. Mit der Atomwaffe, die am

16. Juli 1945 in Alamogordo im US-Bundesstaat New Mexico erstmals erfolgreich erprobt und am 6. und 9. August 1945 in Hiroshima und Nagasaki eingesetzt wurde, entwickelten sie ein Mittel zur Sicherung ihrer Überlegenheit, dem andere Mächte zumindest vorerst nichts Vergleichbares entgegenzusetzen hatten. Mit alledem entwickelten sich die USA zu einer Macht, die zum ersten Mal in der Geschichte wirklich das Prädikat Weltmacht verdiente. Bei den Entscheidungen über die Gestaltung der künftigen Friedensordnung hatte sie mehr Gewicht als jede andere Macht.

Die europäischen Staaten verloren demgegenüber noch dadurch weiter an Gewicht, dass auch die Sowjetunion als Siegermacht beträchtliche strategische Gewinne verzeichnen konnte. Zwar war die Bilanz des Krieges in sowjetischer Sicht längst nicht so positiv wie bei den USA. Die 27 Millionen Sowjetbürger, die den Krieg nicht überlebt hatten, stellten etwa 14 Prozent der Vorkriegsbevölkerung dar. Der westliche Teil des Landes war weithin verwüstet: Die Kriegszerstörungen beliefen sich nach amerikanischen Schätzungen auf 35,7 Milliarden Dollar, nach sowjetischen Angaben von 1947 sogar auf 128 Milliarden. Die Landwirtschaft, die 1941 gerade begonnen hatte, sich von den Folgen der Kollektivierung zu erholen, war durch die Kämpfe auf sowjetischem Boden und die Ausbeutung durch die Deutschen weithin desorganisiert. Das Industrialisierungsprogramm war um Jahre zurückgeworfen; und das sowjetische Herrschaftssystem war durch die deutsche Besatzung und die Anstrengungen, die zur Befreiung notwendig waren, nachhaltig erschüttert. Von einem wirklichen Weltmachtstatus war die Sowjetunion damit noch weit entfernt. Dennoch gelang Josef W. Stalin nicht nur die Rückeroberung der meisten Gebiete, die in den Revolutionskämpfen nach dem Ersten Weltkrieg verloren gegangen waren. Er erreichte darüber hinaus die Kontrolle über die ostmittel- und südosteuropäische Region, die in der Zwischenkriegszeit als Aufmarschgebiet für antisowjetische Allianzen gedient hatte. Schließlich stieg die Sowjetunion mit dem Vormarsch der Roten Armee bis zur Elbe-Werra-Linie zur stärksten Militärmacht des europäischen Kontinents auf. Gleichzeitig sicherte sie sich damit ein Mitspracherecht bei der Regelung der deutschen Frage.

Für die Deutschen ergab sich aus dem totalen Zusammenbruch des nationalsozialistischen Imperiums erstens der Verlust der östlichen Siedlungsräume, die seit dem Hochmittelalter erkämpft worden waren, und zweitens der Untergang des kleindeutschen Nationalstaates, wie er von Otto von Bismarck 1866/71 durchgesetzt worden war. Unter den alliierten Siegermächten herrschte zwar große Unsicherheit, *wie* die Welt vor einer neuen deutschen Aggression geschützt werden sollte. Sie stimmten jedoch darin überein, *dass* ein dauerhafterer Schutz vor der deutschen Gefahr gefunden werden müsse als nach dem Ersten Weltkrieg. Alle ihre Pläne liefen daher in der Substanz darauf hinaus, keinen unabhängigen deutschen Nationalstaat nach klassischem Muster mehr zuzulassen. Die bedin-

gungslose Kapitulation, die der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt als Kriegsziel durchgesetzt hatte, versetzte die Alliierten in die Lage, diese Absicht auch zu erreichen: Mit der Unterzeichnung der Kapitulationsurkunden am 7. und 9. Mai 1945 ging die Souveränität über bislang deutsches Territorium und über die deutsche Bevölkerung vollständig in die Gewalt der Siegermächte über. Faktisch-machtpolitisch bedeutete dies das Ende des Deutschen Reiches von 1871, auch wenn die späteren Spannungen zwischen den Siegern verhinderten, dass dieser Untergang völkerrechtlich fixiert wurde.

Dass mit dem deutschen Nationalstaat auch das alte Europa untergegangen war, ergab sich allein schon daraus, dass nun sowohl die USA als auch die Sowjetunion als Besatzungsmächte in Deutschland und Österreich beträchtliche Anteile an der Verfügungsgewalt über die mitteleuropäische Region errungen hatten, die sie im Interesse der eigenen Sicherheit nicht mehr preisgeben konnten. Die beiden europäischen Mächte, die formal ebenfalls als Siegermächte an der Besetzung Deutschlands und Österreichs beteiligt waren, waren ihnen deutlich nachgeordnet: Großbritannien, das 1940/41 zunächst über ein Jahr ganz allein verzweifelt dagegen angekämpft hatte, ein Satellit der deutschen Weltmacht zu werden, musste nun erleben, wie die ökonomische Auszehrung den Vorsprung an diplomatischer Erfahrung mehr als wettmachte und eine Anlehnung an die amerikanische Führungsmacht unvermeidlich wurde. Die britische Politik konnte nur noch versuchen, sich dadurch einen möglichst großen Handlungsspielraum zu erhalten, dass sie einerseits die USA als Gegengewicht zur Sowjetunion dauerhaft auf dem europäischen Kontinent engagierte und andererseits die kleineren europäischen Staaten, soweit sie nicht in den Machtbereich der Sowjetunion geraten waren, zu einem Gegengewicht gegen amerikanische Hegemonialtendenzen formierte. Großmacht-Autonomie im klassischen Sinne war mit diesem Balanceakt freilich nicht mehr zurückzugewinnen. Vielmehr wirkte die britische Politik nun notwendigerweise selbst an der Stabilisierung der neuen Machtverhältnisse in Europa mit.

Noch weniger konnte Frankreich wieder als unabhängige Großmacht agieren, nachdem es im Juni 1940 aufgrund taktischer Fehler der Generalität und innerer Demoralisierung dem deutschen Angriff erlegen war. Die Résistance und die Truppen des «Freien Frankreich» ersparten dem Land zwar die Etablierung einer Besatzungsverwaltung durch die amerikanischen und britischen Befreier, wie sie Roosevelt zunächst geplant hatte. Auch stifteten sie, was noch wichtiger war, einen neuen nationalen Konsens, der es Frankreich nach den Selbstzerfleischungen der 1930er Jahre endlich wieder erlaubte, als handlungsfähiger Akteur auf der internationalen Bühne aufzutreten. Zur Befreiung selbst konnten die französischen Kämpfer jedoch nur wenig beitragen, und auch in wirtschaftlicher Hinsicht waren die Franzosen nach den Jahren der Ausbeutung durch die deutsche Besatzung auf amerikanische Hilfe angewiesen. Die geostra-

tegischen Probleme stellten sich damit für Frankreich ähnlich wie für Großbritannien; nur war die Abhängigkeit von der amerikanischen Führungsmacht noch größer und die Machtbasis für eine eigenständige Rolle in der Weltpolitik noch schmäler. Den Status einer Besatzungsmacht in Deutschland und Österreich erhielt Frankreich erst nachträglich aufgrund des britischen Strebens nach Entlastung bei der Besatzungsverwaltung; an den Absprachen über die Nachkriegsordnung, die auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam im Februar und Juli 1945 getroffen wurden, waren französische Vertreter nicht beteiligt. Die Diskrepanz zwischen formaler und realer Macht, die sich daraus ergab, konnte wohl zur Erweiterung des Handlungsspielraums genutzt werden, verleitete aber auch zu kontraproduktiven Alleingängen.

Die kleineren europäischen Staaten wurden von dem generellen Machtverlust Europas so weit in Mitleidenschaft gezogen, dass sie hinsichtlich der Zukunft Deutschlands überhaupt kein Mitspracherecht mehr erlangen konnten und auch bei der Regelung der übrigen europäischen Angelegenheiten mehr Zuschauer als Akteure waren. Die Staaten, die in den Machtbereich der Roten Armee gelangt waren, mussten sich eng an die sowjetische Politik anlehnen, und zwei von ihnen, Polen und die Tschechoslowakei, waren auch gezwungen, ethnisch umstrittene Gebiete an die Sowjetunion abzutreten. Die Staaten der westeuropäischen Region und Italien sahen sich aus sicherheitspolitischen wie aus wirtschaftlichen Gründen auf einen Verbund der westlichen Staaten angewiesen und konnten sich nur noch dadurch einen gewissen Spielraum erhalten, dass sie das amerikanische Übergewicht in diesem Verbund durch europäische Integration relativierten und zugleich einem französischen Übergewicht in einem integrierten Europa durch die Einbeziehung Großbritanniens begegneten. Und selbst die Staaten, die sich dank günstiger Randlagen oder geschickter Politik der beginnenden Blockbildung in Ost und West entziehen konnten, mussten weitere Einschränkungen ihrer Handlungsfreiheit hinnehmen: Ihre Sicherheit hing nun von der Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen den beiden Haupt-Siegermächten ab, ohne dass sie über nennenswerte Möglichkeiten verfügten, auf dieses Verhältnis einzuwirken.

Mit alledem büßte Europa nicht nur seine traditionelle Führungsrolle in der Weltpolitik ein, es verlor überhaupt die Fähigkeit zur Formulierung eigenständiger Politik. An die Stelle des europäischen Gleichgewichtssystems trat die Polarisierung zwischen den beiden Hauptsiegern des Krieges, und die europäischen Staaten, die sich um das deutsche Machtvakuum gruppierten, gerieten unvermeidlich in den Sog dieser Polarisierung.

Vertriebene Handlungsspielräume

Allerdings bedeutete der Untergang des alten Europa nicht, dass die beiden vormaligen Flügelmächte, die sich jetzt aus europäischer Perspektive als Weltmächte präsentierten, den alten Kontinent einfach unter sich aufteilten. Dazu war allein schon das ökonomische Potential, das sich in Europa über die Kriegszerstörungen hinweg erhalten hatte, zu bedeutend. Der Substanzverlust war nicht so tiefgreifend, wie es bei einem Blick auf die Ruinen zunächst den Anschein hatte: Im Ruhrgebiet etwa, dessen Kohlebergwerke nach Kriegsende täglich nur noch 25 000 Tonnen statt 400 000 wie vor dem Kriege förderten, waren doch nur 15 bis 20 Prozent des Maschinenbestandes in einem irreparablen Zustand; der Wert der deutschen Industrieanlagen insgesamt lag 1946 höher als ein Jahrzehnt zuvor. Vielfach erwies sich die Zerstörung von Anlagen sogar als produktionsfördernd, erlaubte sie doch, technologische Innovationen schneller durchzusetzen, als das unter normalen Umständen möglich gewesen wäre. Die vielen Flüchtlinge und Vertriebenen schufen zwar Versorgungs- und Integrationsprobleme, sie stellten aber auch eine Reservearmee oft hochqualifizierter Arbeitskräfte dar und ermöglichten damit die Aufrechterhaltung eines niedrigen Lohnniveaus und daraus resultierend hohe Investitionsraten.

Hinzu kam, dass die beiden Hauptsiegermächte an einer raschen Stabilisierung des alten Kontinents interessiert waren. Die USA befürchteten, ohne potente europäische Handelspartner und Absatzmärkte nach dem Ende des Krieges in eine massive Überproduktionskrise zu geraten; die Sowjetunion wollte die geschwächten europäischen Staaten nicht in Abhängigkeit von der amerikanischen Führungsmacht geraten lassen. Die USA suchten daher sogleich nach Kriegsende die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Europäer durch Kredite und Hilfslieferungen zu überbrücken (wobei sie allerdings zunächst die europäische Hilfsbedürftigkeit noch zu gering einschätzten); die Sowjetunion bemühte sich – anders als dies westliche Beobachter erwartet hatten und vielfach bis heute behauptet wird –, die europäische Bevölkerung, soweit sie über die kommunistischen Parteien beeinflussbar war, zu Konsumverzicht und raschem Wiederaufbau zu mobilisieren. Waren erst einmal die Verkehrsverbindungen wiederhergestellt und die politischen Organisationsprobleme einigermaßen beseitigt, so musste die Produktion relativ schnell wieder in Gang kommen. In der Tat erlebten die europäischen Volkswirtschaften in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre überall einen ziemlich gleichmäßigen Wiederaufstieg – noch ehe die Hilfen des Marshall-Plans wirken konnten und nahezu unabhängig davon, welche ordnungspolitischen Konzepte in den einzelnen Ländern verfolgt wurden.⁴

In direkte Abhängigkeit von einer Hegemonialmacht gerieten darum nur diejenigen Länder, die im Machtbereich der Sowjetführung lagen. Die übrigen Länder konnten zumindest ihre ökonomische Abhängigkeit gering halten, zumal dann,

wenn sie ihre Ressourcen zusammenlegten und ihre Positionen koordinierten. Sie konnten auch davon profitieren, dass die sowjetische Führung kein Interesse daran hatte, sie in die Arme der amerikanischen Verbündeten zu treiben und damit die US-Präsenz auf dem alten Kontinent weiter zu verstärken. Und sie konnten sich den Umstand zunutze machen, dass die USA auf kooperative Partner angewiesen blieben, die das Zurückschrecken der amerikanischen Öffentlichkeit vor kostspieligen politischen Engagements kompensierten, und zudem in ihrer Unerfahrenheit für europäische Impulse offen waren.

Außerdem zielten die Strategien der neuen Führungsmächte nicht notwendigerweise auf Konfrontation und Blockbildung in Europa. Gewiss waren die beiden Hauptsieger des Krieges mit gegensätzlichen Ordnungsvorstellungen angetreten – die amerikanische Demokratie mit der Hoffnung auf Durchsetzung liberaldemokratischer Ordnungsformen in den befreiten Ländern; Stalin mit dem Anspruch, an der Spitze einer revolutionären Bewegung zu stehen, die die historisch notwendige Überwindung bürgerlich-kapitalistischer Ordnungsverhältnisse durchsetzen würde. Ihre fundamental verschiedenen Gesellschaftssysteme legten gegensätzliche außenpolitische Strategien nahe – in den USA die Ausdehnung des Freihandelsprinzips und die lautstarke Propagierung freiheitlicher Ideale; in der Sowjetunion die Abschirmung gegen kapitalistische Mächte und freiheitliche Tendenzen. Weder die USA noch die Sowjetunion verfügten über langjährige Erfahrung im Umgang mit fremden Mächten, und bei beiden spielte die ideologische Betrachtungsweise internationaler Probleme traditionell eine große Rolle – das erschwerte die Verständigung zusätzlich.

Auf der anderen Seite sprachen gewichtige Gründe für eine Fortsetzung der friedlichen Zusammenarbeit, die zum Sieg der Anti-Hitler-Koalition geführt hatte, und damit für eine einvernehmliche Regelung der Friedensordnung. Weder die Führungsgremien der USA noch die Führer der Sowjetunion wollten einen neuen Krieg. Die einen nicht, weil von allen Kosten und Leiden abgesehen die eigene Bevölkerung schon für den gerade überstandenen Krieg nur mit äußerster Mühe gewonnen worden war und das Drängen auf Demobilisierung das gesamte öffentliche Leben bei Kriegsende beherrschte; und die anderen nicht, weil ihr Regime in diesem Krieg nur knapp am Zusammenbruch vorbeimanövriert war und allein zur Wiederherstellung der Vorkriegsverhältnisse viele Jahre angestrenzter Wiederaufbauarbeit nötig waren. Auch wuchsen mit dem technologischen Fortschritt Kosten und Zerstörungskraft großer Kriege, und es erschien schon darum geboten, sie zu vermeiden – erst recht, wenn dabei, wie man sich nun allmählich bewusst wurde, eine so gefährliche Waffe wie die Atombombe zum Einsatz kommen konnte. Wenn aber Krieg als Mittel zur Gestaltung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen nicht in Frage kam, dann war es ein Gebot der Vernunft, das Konfliktpotential niedrig zu halten. Das wiederum legte es nahe, ein antagonistisches Nebeneinander von zwei Machtblöcken erst gar nicht entstehen zu lassen.

Die konkreten wirtschaftlichen Interessen der beiden Führungsmächte waren bei aller Gegensätzlichkeit der Wirtschaftsordnungen und des ordnungspolitischen Anspruchs zunächst einmal über weite Strecken komplementär: Während sich die USA nach der kriegsbedingten Produktionsausweitung neue Märkte erschließen mussten, um eine Überproduktionskrise mit hoher Arbeitslosigkeit und Rezession zu verhindern, benötigte die Sowjetunion eine erhebliche Zufuhr von Industriegütern, um die Folgen der Kriegszerstörungen zu überwinden und dem Erwartungsdruck der Bevölkerung, der im Krieg entstanden war, durch eine Steigerung des Konsums begegnen zu können. Unter der Voraussetzung, dass die USA der Sowjetunion zunächst entsprechende Anleihen gewähren würden, konnten die Sowjets ihre Importbedürfnisse aus der amerikanischen Produktion decken; die damit verbundene Öffnung der sowjetischen Märkte kam dem amerikanischen Interesse an einem weltweiten multilateralen Handelssystem entgegen. Zur Deckung ihres Handelsbilanzdefizits gegenüber den USA konnten die Sowjets ihre noch unerschlossenen Rohstoffbestände der amerikanischen Industrie zugänglich machen. Es war daher kein Wunder, dass gerade die liberale Geschäftswelt die amerikanische Führung zur Fortsetzung der Kooperation mit den sowjetischen Alliierten drängte und dass sowjetische Wirtschaftstechnokraten Signale in die gleiche Richtung gaben.

Vor allem aber verfügten sowohl die USA als auch die Sowjetunion über eine gewisse Flexibilität bei der Wahl ihrer Mittel und bedrohten sich bei der Verfolgung ihrer gegensätzlichen Sicherheitsinteressen nicht wirklich vital. Die USA strebten zwar eine liberale Ausrichtung der politischen wie der wirtschaftlichen Weltordnung an; sie konnten sich im Interesse ihrer wirtschaftlichen Expansion aber auch mit Partnern arrangieren, die weder hinsichtlich der politischen Verhältnisse noch im Wirtschaftssystem ihren Idealvorstellungen entsprachen. Osteuropa, das vorrangige Interessengebiet sowjetischer Sicherheitspolitik, war für sie weder strategisch noch wirtschaftlich von sonderlicher Bedeutung. Vor dem Zweiten Weltkrieg gingen etwa 2 Prozent der amerikanischen Exporte nach Osteuropa, 3,5 Prozent der Importe kamen von dort, und 5,5 Prozent der auswärtigen Anlagen waren dort lokalisiert. Entsprechend plädierte Präsident Roosevelt dafür, der Sowjetunion eine Einflussphäre im östlichen Europa zuzugestehen und sie mit Anleihen beim Wiederaufbau des kriegszerstörten Landes zu unterstützen. Das sollte helfen, Stalin und dem Moskauer Politbüro das ewige Misstrauen gegenüber den westlichen «Imperialisten» zu nehmen und damit die Grundlagen für eine dauerhafte Zusammenarbeit zu schaffen.

Umgekehrt blieben Stalin und die gesamte Machtelite der Sowjetunion in den Denkmustern der leninistischen Ideologie befangen. Danach waren die entwickelten kapitalistischen Staaten allesamt dem Untergang geweiht, der Sieg des Sozialismus, der in der russischen Oktoberrevolution seinen ersten Durchbruch erzielt hatte, war unaufhaltsam. Mit den imperialistischen Mächten und ihren Führern

konnte es keine Zusammenarbeit auf Dauer geben, nur zeitlich begrenzte taktische Allianzen waren vorstellbar. Jedoch war Stalin Realist genug, um zwischen «reaktionären» und weniger reaktionären, «aggressiven» und weniger aggressiven Gruppierungen und Repräsentanten des Kapitals zu unterscheiden. Zugleich verfügte er über ein waches Gespür für die tatsächlichen Machtverhältnisse: Er wusste (oder hatte bitter erfahren müssen), dass in kaum einem europäischen Land die Zeichen auf Revolution standen, und es wurde ihm klar, dass die USA aus diesem Krieg ungleich mächtiger hervorgingen als die kriegszerstörte Sowjetunion. Den amerikanischen Durchbruch bei der Entwicklung der Atombombe nahm er als eine gewaltige Niederlage wahr, die den gerade errungenen Sieg über Hitlerdeutschland zunichte zu machen drohte.

Stalin suchte sich daher mit den westlichen Siegermächten zu arrangieren, um Erreichtes zu sichern und einer neuen Bedrohung des Sowjetstaates durch aggressive Imperialisten vorzubeugen. Er glaubte, im Pragmatismus der britischen Führung und in der progressiven Grundhaltung der Roosevelt-Administration über Grundlagen für ein solches Arrangement zu verfügen. Auf sie gestützt, sollte die Kriegsallianz in ein Friedensbündnis überführt werden. Die «Kommission für Fragen der Friedensverträge und der Nachkriegsordnung», die Stalin im September 1943 eingesetzt hatte, legte im November 1944 ein Memorandum vor, das eine Abgrenzung von Einflussphären in Europa empfahl. Zur «maximalen Interessensphäre der Sowjetunion» wurden darin Finnland, Schweden, Polen, Ungarn, die Tschechoslowakei, Rumänien, die Balkanländer und die Türkei gezählt. Die Niederlande, Belgien, Frankreich, Spanien, Portugal und Griechenland galten als «sicherlich zur britischen Sphäre» gehörig. Unter der Abgrenzung dieser Interessensphären wurde verstanden, «dass Britannien keine besonders engen Beziehungen mit den Ländern in unserer Zone aufnehmen darf» und dort auch keine militärischen Stützpunkte unterhalten kann. Umgekehrt sollte das Gleiche für die Sowjetunion in Bezug auf die Länder in der britischen Zone gelten. In einer dritten, neutralen Zone, die Norwegen, Dänemark, Deutschland, Österreich und Italien umfasste, sollten «beide Seiten auf der gleichen Grundlage und mit regelmäßigen wechselseitigen Konsultationen zusammenarbeiten».⁵

Das Beharren auf einer sowjetischen Sicherheitssphäre bedeutete nicht, dass Stalin dort auch gleich das Sowjetsystem einführen wollte. In einem umfangreichen Memorandum zur Nachkriegsordnung, das der stellvertretende Außenminister Ivan Majskij am 11. Januar 1944 an die Spitzen der sowjetischen Führung schickte, wurde eine Orientierung an «den Prinzipien der breiten Demokratie im Geist der Volksfront-Idee» für *alle* befreiten Länder vorgeschlagen, für Frankreich ebenso wie für Deutschland und Polen. Die Siegermächte sollten bei der «Demokratisierung der Regime im Nachkriegseuropa» eng zusammenarbeiten.⁶ Folglich wurde selbst den kommunistischen Führern im östlichen Teil Europas gesagt, dass die sozialistische Revolution und die Übernahme des sowjetischen



Premierminister Winston Churchill, US-Präsident Franklin D. Roosevelt und Marschall Josef Stalin auf der Konferenz von Jalta, Februar 1945. Die «Großen Drei» verständigten sich auf die Grundzüge einer gemeinsamen Nachkriegsordnung.

Systems noch nicht auf der Tagesordnung stünden: «Das ist nicht eine so leichte Sache wie manche denken.»⁷ Für Deutschland und für Österreich ergab sich daraus das Programm einer gemeinsamen Umgestaltung durch die Siegermächte. Die deutschen Kommunisten wurden angewiesen, gegen alle Versuche vorzugehen, die Einheit der Anti-Hitler-Koalition zu untergraben, und für die «Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution» von 1848 zu arbeiten.⁸

Die Führungsgruppen in Washington und Moskau unternahmen denn auch einige Anstrengungen, die Kooperation der Siegermächte über das Kriegsende hinaus aufrechtzuerhalten. So wurde auf der Konferenz von Jalta beschlossen, Deutschland und Österreich in Besatzungszonen aufzuteilen und die Hauptstädte Berlin und Wien, die jeweils inmitten der sowjetischen Besatzungszone lagen, von allen Besatzungsmächten gemeinsam verwalten zu lassen. In Potsdam verständigten sich die «Großen Drei» (Stalin, Roosevelts Nachfolger Harry S. Truman, der britische Premierminister Winston Churchill und sein Nachfolger Clement Attlee) darauf, die vier Besatzungszonen unter der Oberhoheit eines Alliierten Kontrollrats gemeinsam zu verwalten und einen Außenministerrat

mit der Ausarbeitung eines Friedensvertrags zu beauftragen. Eine deutsche Zentralregierung sollte vorerst noch nicht errichtet werden, wohl aber «einzelne zentrale Verwaltungsbehörden» für wichtige Bereiche wie Wirtschaft, Finanzen und Verkehr.

Parallel dazu schufen die «Großen Drei» mit den Vereinten Nationen eine Weltfriedensorganisation, die den Frieden vom ständigen Agreement der Hauptsiegermächte abhängig machte und damit die Notwendigkeit ihrer Kooperation betonte. In der Charta der Vereinten Nationen, am 26. Juni 1945 in San Francisco unterzeichnet, wurde zwischen ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates – neben den USA, der UdSSR und Großbritannien auch China und Frankreich – und sonstigen Mitgliedsländern unterschieden. Den ständigen Mitgliedern wurde ein Vetorecht bei Beschlüssen des Sicherheitsrates eingeräumt; die Generalversammlung aller Mitgliedsländer musste sich mit einer Empfehlungskompetenz für Maßnahmen zur Schaffung einer «friedlichen Ordnung» begnügen.

Als der Krieg zu Ende ging, war die Zukunft Deutschlands, Europas und des neuen Weltstaatensystems in mehrfacher Hinsicht offen. Es war noch nicht entschieden, ob dem Untergang des Deutschen Reiches eine gemeinsame Kontrolle der Deutschen durch die Siegermächte folgen würde, die Schritt für Schritt in eine kontrollierte Autonomie überging, oder aber die Bildung zweier deutscher Staaten, die in die gegensätzlichen Machtblöcke in Ost und West integriert wurden. Ebenso wenig war entschieden, welche Intensität diese Machtblöcke annahmen und ob zwischen ihnen Kooperation oder Konfrontation vorherrschen würde. Es war offen, in welchem Ausmaß die Staaten im sowjetischen Machtbereich ihre innere Autonomie verlieren würden und sich dem stalinistischen Gesellschaftsmodell anpassen mussten. Und es war offen, ob und in welchem Maße das übrige Europa zum Stabilisierungsfaktor zwischen Sowjetunion und USA oder zum Objekt und Opfer ihrer Konfrontation werden würde. Die Entscheidungen in allen vier Bereichen hingen eng miteinander zusammen. Dabei kamen auf die USA aufgrund ihres strategischen und ökonomischen Übergewichts besondere Verantwortung zu; es hing aber auch vieles von der Haltung Stalins ab – und manches auch von den Aktivitäten der westlichen Europäer.

1. UMWÄLZUNGEN DER NACHKRIEGSZEIT

Dass die Spielräume für eine einvernehmliche Regelung der Nachkriegsordnung weitgehend ungenutzt blieben und stattdessen der beginnende Kalte Krieg Europa teilte, war zunächst eine Folge sehr spezifischer Unfähigkeiten: Die kommunistischen Führer wussten sich nicht so zu verhalten, dass ihre Kooperationsangebote auch glaubwürdig erschienen, und den westlichen Gesellschaften fiel es schwer, die Weitsicht aufzubringen, die für eine Kooperation notwendig war. Daraus resultierte in einem zweiten Schritt eine wechselseitige Fehlwahrnehmung: Beide Seiten sahen sich gegenseitig in zunehmendem Maße als Aggressor, und je mehr sich diese Wahrnehmung verbreitete, desto stärker wirkte in einem dritten Schritt das Sicherheitsdilemma, das sich in jeder Konkurrenzsituation antagonistischer Mächte einstellt: Beide Seiten trafen Vorkehrungen gegen den befürchteten Übergriff der Gegenseite, und diese wurden von der anderen Seite als Beweis für die aggressiven Absichten des Gegners gedeutet und hatten weitere Vorkehrungen zur Folge – ein doppelter Teufelskreis, aus dem nicht leicht zu entkommen war.

Die Sowjetisierung Osteuropas

Der Prozess der Teilung Europas begann mit der Erfahrung, dass sich die Beseitigung der gesellschaftlichen Wurzeln des Faschismus und die Sicherung einer sowjetfreundlichen Orientierung der Völker im westlichen Vorfeld der Sowjetunion nicht so leicht bewerkstelligen ließen, wie man in Moskau wohl erhofft hatte. Das ließ die Kommunisten überall dort, wo ihnen die Rote Armee die Macht dazu gab, zu hergebrachten leninistischen Methoden greifen, die mit den Prinzipien der Demokratie und des Rechtsstaats nicht vereinbar waren: Agitation der Volksmassen, Manipulation hinter den Kulissen, Androhung von Gewalt und letztlich auch polizeiliche und militärische Unterdrückung ohne rechtsstaatliche Kon-

trolle. In der Praxis nahm die «antifaschistisch-demokratische Umwälzung» im sowjetischen Machtbereich damit doch Züge an, die an die leninistische Revolution erinnerten.

So schien Stalin eine Machtübernahme durch polnische Kommunisten lange Zeit nicht das geeignete Mittel zu sein, eine antisowjetische Orientierung Polens zu verhindern. Vielmehr suchte er bis zum Sommer 1944 nach Kräften in der polnischen Exilregierung in London, die zur Rückgabe der polnischen Eroberungen von 1920 und zu künftiger Kooperation mit der Sowjetunion bereit waren. Erst als endgültig feststand, dass solche Kräfte nicht zu finden waren, gab er dem Drängen der polnischen Kommunisten nach, ein kommunistisch dominiertes Regime zu etablieren. Dem Warschauer Aufstand des nichtkommunistischen Widerstands im August 1944 verweigerte er die mögliche Unterstützung; Widerstandsführer, die nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen im Winter 1944/45 über ihren Anteil an der Macht verhandeln wollten, ließ er verhaften. Unter amerikanischem Druck mussten dann Ende Juni 1945 der «Polnischen Bauernpartei» unter der Führung von Stanislaw Mikołajczyk vier Kabinettsitze in der Regierung des «Lubliner Komitees» eingeräumt werden, die von den Kommunisten kontrolliert wurde, ebenso ein weiterer Sitz den Sozialisten. Als sich die Bauernpartei-Mehrheit jedoch weigerte, in die von Kommunisten und Sozialisten dominierte «Demokratische Front» einzutreten, verschoben die Kommunisten die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung bis zum Januar 1947 und manipulierten sie dann noch so weit, dass die Demokratische Front 394 von 444 Parlamentssitzen erhielt. Die Kommunisten konnten nun ihren Führungsanspruch ungehindert durchsetzen. Sie steuerten freilich zunächst einen Kurs des «eigenen Weges zum Sozialismus», der darum bemüht war, die bäuerlichen Massen wie den Klerus der katholischen Kirche für die Mitarbeit am sozialistischen Staatsaufbau zu gewinnen.

In der tschechoslowakischen Exilregierung fand Stalin jene Kooperationsbereitschaft, die er bei der polnischen vergeblich gesucht hatte. Staatspräsident Edvard Beneš und eine Mehrheit demokratischer Kräfte des Landes zogen aus der Erfahrung des Münchener Abkommens von 1938 und der Verschiebung der Machtverhältnisse auf dem Kontinent von sich aus den Schluss, die Tschechoslowakei müsse, um ihre Unabhängigkeit zu sichern, die Sowjetunion als Schutzmacht gewinnen. So gab Beneš den Plan einer tschechoslowakisch-polnischen Föderation auf sowjetischen Einspruch hin auf und stimmte im Juni 1945 der Abtretung der Karpato-Ukraine an die Sowjetunion zu. In der internationalen Politik schloss er sich zumeist den sowjetischen Positionen an. Folglich ging die politische Macht nach der Befreiung durch sowjetische und (zu geringem Teil) amerikanische Truppen an eine «Nationale Front» aus Kommunisten, Sozialdemokraten, nationalen Sozialisten, Katholischer Volkspartei und Slowakischer Demokratischer Partei über. Die Kommunisten konnten zwar eine starke

Stellung einnehmen, die Politik der sozialen Umgestaltung (einschließlich der Vertreibung der Sudetendeutschen) wurde jedoch von einem breiten Konsens aller Koalitionspartner getragen.

In Ungarn, das mit Deutschland verbündet gewesen war und bislang von einer schmalen Oberschicht konstitutionell-autoritär regiert wurde, unterstützten die sowjetischen Truppen im Dezember 1944 die Bildung einer «Volksfront»-Regierung aus Kommunisten, Sozialisten und der Unabhängigen Partei der Kleinen Landwirte. Sie leitete in vorsichtigen Schritten soziale Reformen des Landes in die Wege. Eine Massenbasis für eine sowjetfreundliche Politik fand sich jedoch nicht; vielmehr erlitten die Kommunisten in den Wahlen vom November 1945 mit 17 Prozent der Stimmen (gegen 57 Prozent für die Partei der Kleinen Landwirte und 17,4 Prozent für die Sozialisten) eine deutliche Niederlage. Die Landwirte-Partei konnte nun den Ministerpräsidenten (zunächst Zoltán Tildy, ab Februar 1946 Ferenc Nagy) und die Hälfte der Regierungsmitglieder stellen, geriet aber unter zunehmenden Druck der Kommunisten. Im Januar 1947 wurden einige führende Mitglieder der Partei der Verwicklung in einen Putschversuch beschuldigt und verhaftet. Ende Mai 1947 wurden die wichtigsten Minister der Partei der Kleinen Landwirte aus der Regierung ausgeschlossen; Nagy, der sich gerade zur Kur in der Schweiz aufhielt, erklärte seinen Rücktritt und wählte das Exil. Damit war der Weg zur Errichtung des kommunistischen Machtmonopols frei.

In Rumänien suchte sich die Sowjetführung zunächst mit der Verschwörergruppe oppositioneller Generäle und Politiker zu arrangieren, die im August 1944 das mit Hitler verbündete Regime von Marschall Ion Antonescu gestürzt hatte. Forderungen rumänischer Kommunistenführer nach größerem Anteil an der Macht wurden von Stalin abschlägig beschieden. Unter dem Eindruck allgemeiner Unruhe unter der antikommunistisch eingestellten ländlichen Bevölkerung erzwangen die sowjetischen Besatzer dann aber im März 1945 von König Michael die Berufung einer Regierung der «Nationaldemokratischen Front» unter Petru Groza, die von den Kommunisten kontrolliert wurde. Die Opposition gegen das neue Regime blieb beträchtlich und nahm sogar weiter zu, konnte sich aber nicht mehr durchsetzen: Im August 1945 versuchte König Michael vergeblich, die neue Regierung zu stürzen. Im Januar 1946 wurden auf amerikanischen Druck hin zwei Vertreter der Oppositionsparteien in die Regierung aufgenommen, ohne dass sie dort tatsächlichen Einfluss erlangen konnten. Als die Wähler der kommunistischen Partei im November 1946 eine vernichtende Niederlage bereiteten, wurden die Wahlergebnisse gefälscht. Im Laufe des Jahres 1947 wurden die oppositionellen Führungskräfte verhaftet, ihr Anhang im Mittelstand wurde durch eine Währungsreform seiner materiellen Grundlage beraubt und die selbstständigen Elemente innerhalb des regierenden «Blocks demokratischer Parteien» wurden ausgeschaltet. Schließlich wurde zum 30. Dezember 1947 die Abdankung des immer noch populären Königs erzwungen.

In Bulgarien organisierte eine «Vaterländische Front» aus Bauernpartei, Kommunisten, Sozialisten und Offizieren der überparteilichen politischen Vereinigung des Zweno-Kreises im September 1944 beim Herannahen der sowjetischen Truppen einen Putsch gegen das bisherige autoritäre Regime, das mit Hitlerdeutschland verbündet gewesen war. Innerhalb der Regierungskoalition gewann die kommunistische Partei, hier mit rasch wachsendem Massenanhang und durch die Präsenz der sowjetischen Besatzer abgesichert, alsbald die führende Position. Durch das Vorgehen britischer Truppen gegen die prokommunistische Partisanenbewegung im benachbarten Griechenland ermutigt, wagte der stellvertretende Ministerpräsident Nikola Petkow im Juli 1945 die Kraftprobe mit den Kommunisten, indem er mit einem Teil seiner Bauernpartei die «Vaterländische Front» verließ. Zu den Wahlen vom November 1945 wurde jedoch nur eine Einheitsliste der «Front» zugelassen und diese mit 88 Prozent bei einer Wahlbeteiligung von 85 Prozent bestätigt. Verhandlungen über die Wiederaufnahme zweier Oppositionspolitiker in die Regierung (wie sie die Sowjetführung den USA schließlich auch für Bulgarien zugestanden hatte) scheiterten an der Weigerung der Kommunisten, der Opposition realen Einfluss zuzubilligen. Nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrags am 10. April 1947 und der Auflösung der Interalliierten Kontrollkommission, deren Präsenz der Opposition noch einen gewissen Schutz gewährt hatte, wurde Petkow verhaftet und zum Tode verurteilt, seine ohnehin schon angeschlagene Bauernpartei wurde zerschlagen.

In Jugoslawien setzte sich die kommunistische Partisanenbewegung unter Josip Broz Tito im Kampf gegen die Achsenmächte weitgehend aus eigener Kraft gegen rivalisierende Widerstandsgruppen durch. Während Stalin darauf drängte, mit den bürgerlichen Kräften und dem exilierten König zusammenzuarbeiten, räumte Tito den nichtkommunistischen Kräften nur eine untergeordnete Rolle in der «Volksfront» ein. Er trieb die Enteignung von Großgrundbesitz und Industrie nach sowjetischem Vorbild voran und ließ die aktiven Anhänger der vordem rivalisierenden Formationen – insbesondere der serbischen nationalistischen Kampfbewegung der Tschetniks und der kroatischen Ustaša – strafrechtlich verfolgen. Die bürgerlichen Kräfte um den Ministerpräsidenten der früheren Exilregierung Ivan Šubašić schieden daraufhin im August/September 1945 aus der Volksfront-Regierung aus. Titos Regime kam damit kommunistischen Ordnungsvorstellungen noch am nächsten. Gleichwohl geriet es alsbald in Spannungen mit Stalin, dem der revolutionäre Eifer der jugoslawischen Genossen vielfach zu unbedacht erschien.

Unter umgekehrten Vorzeichen blieb auch in Finnland der sowjetische Einfluss begrenzt: Nachdem die finnische Armee den sowjetischen Vormarsch zweimal, im Finnisch-sowjetischen Winterkrieg 1939/40 und bei der sowjetischen Karelien-Offensive im Sommer 1944, zum Stillstand gebracht hatte, entschloss sich Stalin für einen Waffenstillstand, der es ihm erlaubte, den Vormarsch nach

Jugoslawischer Soldat an einer Straßensperre in Triest, 1. Mai 1946. Der «Eiserne Vorhang von Stettin an der Ostsee bis nach Triest an der Adria», den Winston Churchill in seiner Rede in Fulton, Missouri am 5. März 1946 verurteilte, wurde in den Jahren der Blockbildung stetig verstärkt.



Deutschland zu beschleunigen. Die finnischen Kommunisten wurden angewiesen, mit allen Kräften zusammenzuarbeiten, die sich für die Einhaltung der Waffenstillstandsbedingungen einsetzten. Die nach dem Kriege gebildete Regierung unter Juho Kusti Paasikivi achtete darauf, nicht gegen die Interessen der Union zu handeln und nahm so der Sowjetführung jeden Anlass zu einem erneuten Interventionsversuch.

[...]